



## **Bericht aus der Stadtratssitzung vom 25.03.2014**

(Es handelt sich hierbei nicht um das offizielle Protokoll, sondern lediglich um die Schilderung aus Sicht der FWG zur allgemeinen Information!)

Nachdem Bürgermeister Werner zu **TOP 1** festgestellt hatte, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde, und die Versammlung beschlussfähig war, konnte er zu **TOP 2** (Einwohnerfragestunde) 3 Einwohner begrüßen.

### **TOP 3 Jagdpachtangelegenheiten**

Bürgermeister Werner begrüßte zu diesem TOP einen der Nastätter Jagdpächter, Martin Gasteyer, der seinen Befürchtungen darüber Ausdruck verlieh, dass infolge eines geplanten großflächigen Maisanbaus im Bereich „Hungerschied“ in diesem Jahr große Wildschäden zu erwarten seien. Er regte an, dass diesbezüglich von Seiten des Stadtrates (der durch den Vorsitzenden in der Jagdgenossenschaft vertreten ist) über Neuregelungen bezüglich der Wildschadenersatzregelung im Pachtvertrag nachgedacht werden sollte.

Die Beratung zu diesem Punkt wurde in Anwesenheit des Vorsitzenden der Jagdgenossenschaft Nastätten, Erhard Singhof, im nicht-öffentlichen Teil der Sitzung durchgeführt.

### **TOP 4 Breitbandversorgung**

Zu diesem Punkt gab es eine intensive, und teils kontroverse Diskussion.

Nachdem die Kreisverwaltung beschlossen hat, eine Lenkungsgruppe zu gründen, die die Versorgung des Kreisgebietes mit leistungsfähiger Breitbandverkabelung (Internetanschluss) organisieren soll, erging an alle Ortsgemeinden das Verlangen, zuzustimmen, dass die jeweiligen Gebietskörperschaften (hier: unsere Verbandsgemeinde, vertreten durch den Verbandsgemeindebürgermeister) für die einzelnen Gemeinden handeln können. Weiterhin hat der Kreistag ausdrücklich beschlossen, dass alle Aktivitäten davon abhängen, dass sich die Gebietskörperschaften verpflichten, alle Kosten, die nicht durch Kreismittel oder Zuschüsse abgedeckt sind, zu tragen. Bürgermeister Werner und der als Fachmann anwesende Philipp

Heuser von der VG-Verwaltung erläuterten, dass auf die Stadt Nastätten selbst somit keinerlei Kosten zukämen, sondern diese ja durch die Gebietskörperschaften (also die Verbandsgemeinden) getragen würden.

Unsere Fraktion hatte bereits im Vorfeld darauf aufmerksam gemacht, dass eine Beratung zu diesem Punkt unseres Erachtens nur möglich ist, wenn Fakten zu erwartender Kostenhöhe, zur Refinanzierung etc. bekannt sind.

Da auf die Stadt Nastätten selbst keine Kosten zu tragen habe, sah Bürgermeister Werner keine Notwendigkeit und auch keine Möglichkeit, diese Fragen zu beantworten und empfahl, dem Ansinnen des Kreises ohne Weiteres zuzustimmen.

In der folgenden Diskussion machten alle Redner unmissverständlich klar, dass eine flächendeckende Versorgung mit schneller Internetzugangsmöglichkeit selbstverständlich von allen gewünscht und begrüßt wird – nicht folgen konnten jedoch Einige der Argumentation, der Rat könne bedenkenlos zustimmen, da für die Stadt keinerlei Kosten entstünden. Immerhin sind wir über die Umlagen ja an den Ausgaben der Verbandsgemeinde unmittelbar und wesentlich beteiligt, und ein Verschließen der Augen vor evtl. erheblichen Verpflichtungen, nur weil diese auf die Stadt nur indirekt zukommen, ist kein verantwortungsvolles Handeln im Sinne der Bürger. Ungeachtet der mehrmaligen Wiederholung seitens der Herren Werner und Heuser, der Internetzugang sei wichtig und erwünscht (was ja niemand im Rat in Frage stellte), bestand u.a. unsere Fraktion auf einer zumindest groben Angabe der zu erwartenden Kosten, die zunächst vehement verweigert wurde, da dies ja ein Prozess sei, vor dessen Ausgang (der ggf. durchzuführenden Ausschreibung) keine Kostenschätzung möglich sei. Im Laufe der weiteren Diskussion waren dann doch plötzlich Zahlen zu hören, wobei immer wieder betont wurde, diese Angaben seien absolut nicht belastbar.

Da zeitgleich eine Sitzung der Lenkungsgruppe des Kreistages in Bad Ems stattfand, bei der einem ausgesuchten Kreis von hauptamtlichen Bürgermeistern und Mitarbeitern der Kreisverwaltung sowohl eine durchgeführte Machbarkeitsstudie, als auch potentielle Auftragsnehmer vorgestellt wurden, bestand seitens des Stadtrates große Verwunderung, wie man von Ortsghremien eine Zustimmung zu einer Kostenübernahme erwarten könne, ohne dass entspr. Zahlen zur Verfügung gestellt werden. Seitens einiger Ratsmitglieder wurde eine solche Entscheidung als „Blindflug“ bezeichnet, den man so nicht mittragen wolle.

Nachdem der Beigeordnete Uwe Gasteyer seinen Fraktionskollegen der CDU nochmal in einem eindrücklichen Plädoyer zur Zustimmung geraten hatte, führte Bürgermeister Werner die Abstimmung durch, die mit mit 10 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen ausging.

- Seitens der FWG stellen wir nochmals eindeutig klar: Ja – wir wollen einen flächendeckenden Ausbau mit schnellem Internetzugang für alle Bürger! Dass aber der Rat sämtliche Möglichkeiten der Einflussnahme im Voraus an die Verbandsgemeinde abgeben soll, und nach entspr. Beschlussfassung der Lenkungsgruppe lediglich „informiert“ wird, halten wir für ein zumindest bedenkliches Verfahren. Auch dass sich seitens der Kreisverwaltung bereits auf eines der möglichen Finanzierungsmodelle festgelegt wurde (Auftragsvergabe an einen gewerblichen Anbieter mit Schließung der höchstwahrscheinlich entstehenden „Wirtschaftlichkeitslücke“ durch die Kommunen), obwohl auch andere Möglichkeiten der Finanzierung bestehen (siehe: <http://breitband.rlp.de>), ist unserer Meinung nach nicht unbedingt eine Vertrauen schaffende Maßnahme.

Interessant ist auch, dass einige Gebiete des Kreises (Bad Ems, Nievern, Fachbach, Miellen etc.) schon durch einen Anbieter kostenfrei ausgebaut werden sollen – da muss die Frage erlaubt sein, ob es nicht durchaus lohnend sein kann, den Ausbau ohne gewerbliche Anbieter durchzuführen, und als Kommune sowohl die Hoheit über die Infrastruktur zu behalten, als auch in Zukunft mögliche Profite für die Öffentlichkeit zu sichern.

Dies sind alles Fragen, die wir im Vorfeld gestellt hatten, aber leider nicht beantwortet bekamen.

### **TOP 5 Verschiedenes, Anfragen, Mitteilungen**

a) Bürgermeister Werner kündigte an, dass in der nächsten Ratssitzung der Konrektor der Nastätter IGS (Integrierte Gesamtschule), Herr Landes, anwesend sein wird, und aus der Arbeit berichten wird.

b) Der Bürgermeister teilte den einzelnen Fraktionen mit, wie viele Wahlhelfer jede Fraktion für die Kommunalwahl zu stellen habe. Auf Nachfrage, warum diese Verpflichtung an die Fraktionen ergehe (normalerweise ist das Amt des Wahlhelfers eine staatsbürgerliche Pflicht, zu der jeder Bürger durch den Wahlleiter bestimmt werden kann, wobei natürlich Freiwilligen der Vorzug gegeben wird), teilt Bürgermeister Werner mit, dass er erwarte, dass jeder, der „gewählt werden wolle“, auch als Wahlhelfer zur Verfügung stehe. Diese Argumentation vereinfacht dem Wahlleiter und der Verwaltung natürlich die Arbeit, und wälzt die Suche nach Freiwilligen auf die Fraktionen ab...

c) Beigeordneter Ulrich Gasteyer (FWG) fragte nach, was die Stadt bezüglich der bereits mehrmals thematisierten Ablagerung von Dung im Bereich des Senders im Außengelände von Nastätten unternommen habe (Bürger hatten sich darüber beschwert, und U.Gasteyer wollte wissen, was er diesen antworten könne). Bürgermeister Werner verwies auf die Möglichkeit, dass sich

Bürger in dieser Angelegenheit gerne an das Ordnungsamt wenden könnten – er selbst habe diesbezüglich nichts unternommen. Er warb aber um Verständnis für den betr. Landwirt, der diese Ablagerung nur kurzfristig beabsichtigt habe, aber bedingt durch den milden Winter keine Möglichkeit hatte, den Dung bereits auf seine Felder auszubringen.

d) Ratsmitglied H.Fäseke (CDU) hat auf einer Landkarte im Gebiet von Kaub die Gemarkungsbezeichnung „Nastätter Stadtwald“ gefunden und fragte nach, ob Nastätten dort auch Wald besitze, oder ob der Verwaltung bekannt sei, woher diese Bezeichnung stammt. Bürgermeister Werner konnte lediglich sagen, dass es sich bei dieser Gemarkung keinesfalls um Nastätter Eigentum handele – bezüglich der Namensgebung könne er auch nur vermuten, dass der Name evtl. durch die Feldzüge der vergangenen Jahrhunderte entstanden sei.

e) Ratskollege W.Ott (CDU) bemängelte, dass durch die Verlegung der Eingangstreppe zur Küche des Bürgerhauses in Richtung des Heimatmuseums bei Dunkelheit eine Stolpergefahr gegeben sei – Bürgermeister Werner sagte zu, dass an dieser Stelle eine entspr. Beleuchtung installiert wird.

An dieser Stelle schloss Bürgermeister Werner den öffentlichen Teil der Sitzung – im nicht-öffentlichen Teil schloss sich noch eine ausführlich Beratung über Jagdpachtangelegenheiten und Bauanträge an.

- Wir von der FWG weisen nochmals darauf hin, dass der öffentliche Teil der Stadtratssitzungen jedem Bürger offen steht und laden herzlich ein, dem Stadtrat „auf die Finger zu schauen“. Gerne geben auch unsere Ratsmitglieder Ulrich Gasteyer ([ulrich.gasteyer@fwg-nastaetten.de](mailto:ulrich.gasteyer@fwg-nastaetten.de)), Manfred Bayer ([manfred.bayer@fwg-nastaetten.de](mailto:manfred.bayer@fwg-nastaetten.de)), Alexander Bayer ([alexander.bayer@fwg-nastaetten.de](mailto:alexander.bayer@fwg-nastaetten.de)), Anke Sorg ([anke.sorg@fwg-nastaetten.de](mailto:anke.sorg@fwg-nastaetten.de)) und Werner Sorg ([werner.sorg@fwg-nastaetten.de](mailto:werner.sorg@fwg-nastaetten.de)) Auskunft über die Arbeit im Stadtrat.

Werner Sorg  
26.03.2014